

Haushaltsrede der WMD zum Haushalt 2026

Gemeinderat der Stadt Weinheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats und der Ausschüsse,

der Haushalt 2026 zeigt aus Sicht der WMD eines sehr deutlich:
Weinheim hat kein Einnahmenproblem – Weinheim hat ein Ausgabenproblem.

Die Gewerbesteureinnahmen und die Einnahmen insgesamt sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die Stadt verfügt also grundsätzlich über gute Einnahmen. Dennoch geraten wir immer wieder in Haushaltslagen, die massive Einschnitte für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten. Das ist kein Naturgesetz – das ist eine Frage der Prioritätensetzung.

Der größte Teil unserer Ausgaben ist per Gesetz vorgegeben. Wir müssen die Vorgaben übergeordneter Entscheidungsebenen umsetzen. Das Geld dafür wird uns aber nicht ausreichend zur Verfügung gestellt.

Aber was macht das Leben in Weinheim lebenswert. Es sind die freiwilligen Leistungen. Förderung der Vereine und der Kultur. Darauf wollen wir nicht verzichten. Dennoch ist dies die einzige Ecke, wo wir sparen könnten. Dies ist aber nicht einfach, weil vieles durch Verträge und liebe Gewohnheiten festgelegt ist.

In Weinheim leisten wir uns Großprojekte, die weit über Pflichtaufgaben einer Kommune hinausgehen. Das Mehrgenerationenhaus ist dafür ein prominentes Beispiel. Sicher wird dort wichtige Arbeit geleistet und der gemeinsame Neubau mit dem Kindergarten ist wirtschaftlicher, als dies Jahre später nachzuholen. Dennoch bindet es mehrere Millionen.

Für solche Großprojekte dürfen liebgewonnene, identitätsstiftende Elemente des städtischen Lebens nicht gestrichen werden.

Beträge von 1-5.000 € für Schülerflohmarkt, Kerwerutsche, Rodensteiner Flohmarkt können nicht entscheidend für unseren Haushalt sein. Geschweige denn 145 €, die wir beim Kinderschutzbund sparen.

Diese Veranstaltungen haben Tradition, sie beleben die Innenstadt, sie bringen Menschen zusammen – und genau das wollen wir doch fördern. Es ist Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln, an diesen Stellen zu sparen, während an anderen Hunderttausende – oft ungeplant-durch die Finger gleiten.

Die Gebührenpolitik auf dem Rücken der Familien ist hier besonders hervorzuheben.

Die Kosten, die junge Familien im reichen Baden-Württemberg für Kitas, Kindergarten und Schülerbetreuung aufbringen müssen, stellen eine erhebliche Belastung dar, während andere Länder diese Leistungen kostenfrei halten. Diese Ungleichbehandlung ist nicht zu rechtfertigen. Hier braucht es dringend eine Vereinheitlichung innerhalb der Bundesländer

Was wir aktuell erleben, ist ein regelrechtes Schröpfen - besonders junger Familien durch:

- steigende Kita-Gebühren
- Erhöhung der Grundsteuer
- steigende Strom, Gas, Wasserpreise
- steigende Mieten

uvm.

Der bürgerliche Mittelstand kann und darf nicht die Melkkuh der Gesellschaft sein. Die Einkommen steigen längst nicht in dem Maße, wie die Kommunen Belastungen für die Bürger erhöhen.

Unser Haushalt wird durch die Kosten im Bausektor enorm belastet:

Ständig erleben wir große Nachträge. Insbesondere Sanierungen im Bestand bergen teure Überraschungen. Deshalb muss zukünftig ein größerer Risikozuschlag einkalkuliert werden. Wir hoffen sehr, dass das Gebäudekataster, welches uns 850.000 € kosten wird (350.000 € mehr als der Gemeinderat dafür bewilligt hat), zeitnah Erfolge daraus bringt

Besonders kritisch sehen wir die hohen Ausgaben für externe Rechtsberatung und gerichtliche Auseinandersetzungen. Wenn wir richtig gelesen haben belaufen diese sich auf ca. 1,7 Millionen Euro – das ist eine enorme Summe für eine Stadt unserer Größe.

Die Doppelten Gutachten und die erneute Beauftragung der Kanzlei, insbesondere im Bereich der Hinteren Murt – all das ist uns seit Jahren ein Dorn im Auge.

Wir sind nicht nur wegen des Bodenschutzes weiter gegen dieses Gewerbegebiet. Es wäre zusätzliche Infrastruktur, die dann gepflegt werden muss. Vielleicht gäbe es kurzfristig etwas mehr Geld in der Kasse. Helfen würde uns das aber nicht. Denn je mehr Geld wir haben, umso mehr gewöhnen wir uns an das Ausgeben. Gerade Städte mit mehr Industrie- und Gewerbegebieten haben in der aktuellen Situation noch viel größere Probleme als wir. Weinheims Grenzen des Wachstums in die Fläche sind erreicht. Wir brauchen qualitatives Wachstum und die Optimierung des Bestands.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt ist die Verteilung der finanziellen Mittel innerhalb der Stadt.:

Die Ortsteile machen einen erheblichen Teil der Bevölkerung aus – verfügen aber längst nicht über vergleichbare Lebensbedingungen wie die Kernstadt.

Während in der Kernstadt Projekte wie

die Sanierung der Dietrich-Bonhoeffer 5 Feld-Sporthallen

die Zwei-Burgen-Schule mit Dreifachsporthalle, der Bau des Mehrgenerationenhauses uvm.

umgesetzt werden – und bereits die nächste große Sanierung des Sepp-Herberger-Stadions geplant wird – warten die Ortsteile weiterhin auf notwendige Investitionen in ihre Infrastruktur.

Das ist keine gerechte Mittelverteilung:

Die Grundschüler und Vereine in Lützelsachsen benötigen ebenfalls eine Sporthalle, welche den heutigen Ansprüchen und dem Gesundheitsschutz entsprechen. Hier turnen unsere Kinder und atmen faserhaltige Luft ein, die ihre Gesundheit gefährden. Wir werden hier nicht mehr weiter zuschauen!

Und die Sportler aus Oberflockenbach wollen auch lieber in ihrem Ort trainieren und Wettkämpfe machen.

Die Erfahrungen mit aufwändigen Ausschreibungen von Reinigungsarbeiten in städtischen Gebäuden lässt für uns nur den Schluss zu, diese wieder in die eigene Verantwortung zu übernehmen. Denn alle paar Jahre für teures Geld eine Ausschreibung durchzuführen ist unwirtschaftlich. Weiter sind wir uns sicher, dass die Arbeitsergebnisse besser sein werden, wenn die Menschen, die unsere Gebäude reinigen, direkt bei der Stadt angestellt sind. Nicht nur deshalb, weil dann das Beschwerdemanagement leichter sein, sondern weil auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter steigen dürfte.

Auch die Ausschreibungen für Kopierer müssten dahingehend geprüft werden. Alle paar Jahre wird Geld allein schon für die Ausschreibung verbraucht. Aus unserer Sicht wäre es rentabel, wenn die Stadt selbst die Geräte anschafft und betreut. Eventuell in einem Zweckverband mit den Nachbarkommunen.

Weiter schlagen wir vor, in den Ortsteilen wieder städtische Mitarbeiter im Bauhof zu haben. So wird enorm - allein an Fahrzeit - gespart.

Die WMD möchte, dass der Gemeinderat wieder mehr das Heft in der Hand behält und plädiert für die Festsetzung des finanziellen Spielraums für den Oberbürgermeister auf 50.000 €.

Bei Vergaben von Gutachten, insbesondere Rechtsgutachten, soll der Gemeinderat unabhängig von der Summe entscheiden.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung, die mit ihrem Einsatz für eine gute Lebensqualität sorgen. Dass nicht immer alles rund läuft, und dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger immer zufrieden sind, ist normal und menschlich. Ebenso danken wir allen ehrenamtlichen, und, nicht zu vergessen, all den Menschen, die einfach ihre Arbeit machen. Ohne die würde wenig laufen.